

Wirtschaftsverträgliche Dekarbonisierung

„Draghi-Bericht“ zur Zukunft der europäischen Wettbewerbsfähigkeit

In einem ausführlichen Bericht gibt der ehemalige EZB-Präsident Mario Draghi Empfehlungen zur Förderung der Wettbewerbsfähigkeit der EU, da das europäische Wachstumsmodell derzeit in seinen Grundzügen gefährdet ist.

Seit 2008 verzeichnet die europäische Wirtschaft ein schwaches Wachstum und es fehlt derzeit insbesondere an wirtschaftlicher Dynamik. Aufgrund geopolitischer und innereuropäischer Krisenherde ist das europäische Wirtschaftswachstum in seinen Grundzügen gefährdet und es besteht dringender

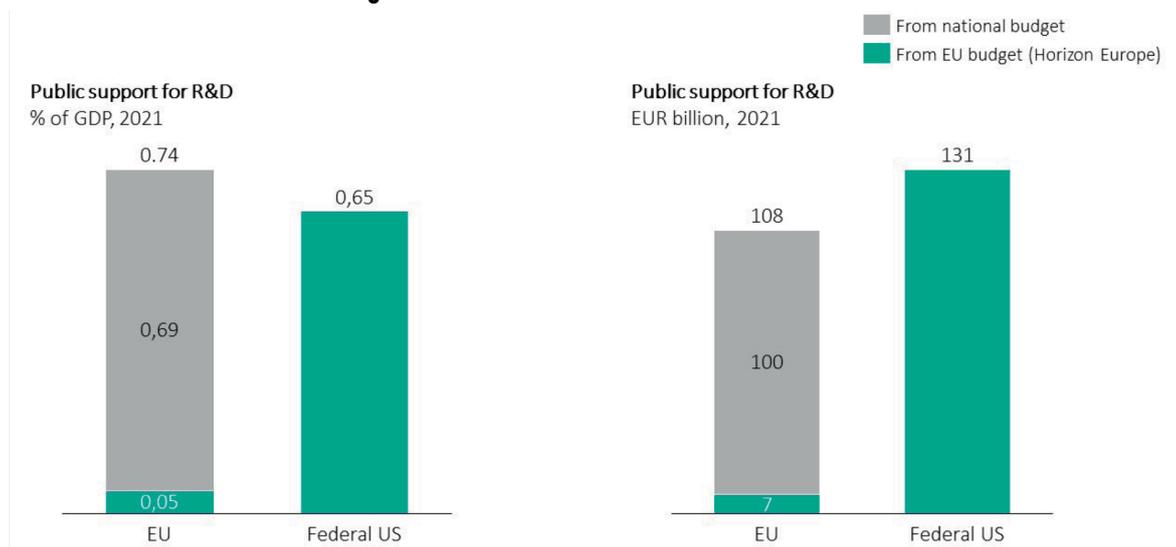
Handlungsbedarf. Vor diesem Hintergrund hat Kommissionspräsidentin von der Leyen den ehemaligen EZB-Präsidenten Mario Draghi beauftragt, einen Bericht über die Zukunft der Wettbewerbsfähigkeit Europas zu erstellen sowie Empfehlungen auszusprechen, um die wirtschaftlichen Herausforderungen Europas zu meistern.

Eine Wettbewerbsstrategie für Europa

Im ersten Teil des Berichts widmet sich Draghi drei primären Handlungsfeldern: dem Schließen der Innovationslücke, einem gemeinsamen Plan für Dekarbonisierung und Wettbewerbsfähigkeit sowie der Stärkung der wirtschaftlichen Sicherheit und Reduktion von Abhängigkeiten der EU.

Draghi hält fest, dass die EU dringend die Innovationslücke zu den dominierenden Weltwirtschaftsmächten schließen muss: Während die USA und China stark in Forschung und Innovation investieren, ist die EU in diesen Bereichen von externen Partnern abhängig. Außerdem gestaltet sich die Kommerzialisierung von (innovativen) Ideen auf europäischer Ebene als durchaus komplex, da bürokratische Hürden und strenge Rechtsrahmen grundlegende Hemmnisse für Unternehmen darstellen. Um diese Hindernisse zu beseitigen, plädiert Draghi für eine Reform des Innovationszyklus in Europa. Er betont, dass die Innovationslücke durch jährliche Investitionen von bis zu 800 Milliarden Euro geschlossen werden soll, die größtenteils vom privaten Sektor kommen sollen.

State versus federal source of R&D funding in the EU and US

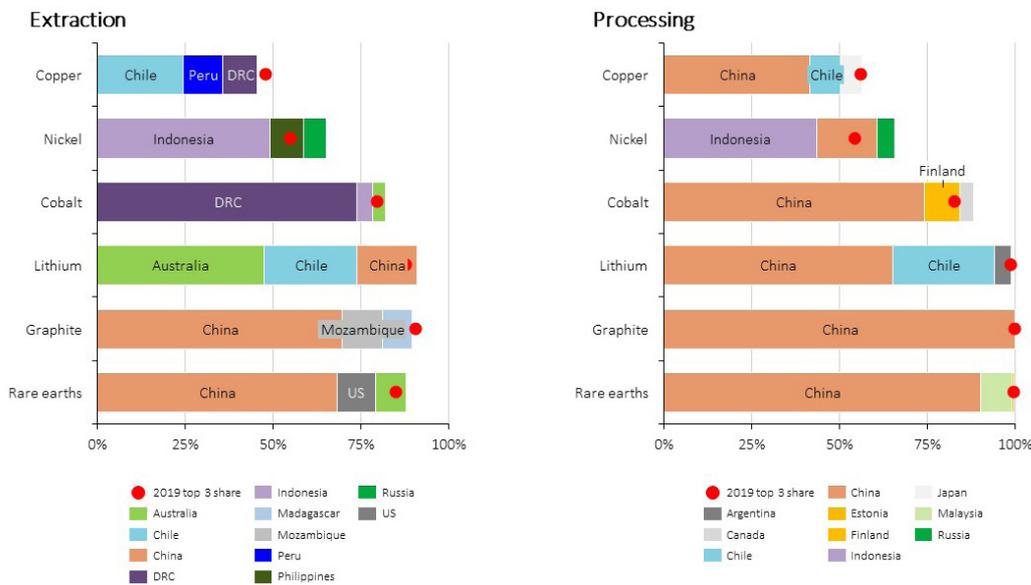


Source: European Commission, 2024. Based on Eurostat and OECD.

Mitgliedstaatliche und EU-weite Quellen der F&E-Finanzierung in der EU und den USA im Vergleich; Quelle: Bericht über die Zukunft der europäischen Wettbewerbsfähigkeit, Seite 25

Concentration of the extraction and processing of critical resources

Share of top-three producing countries in total production of selected resources and minerals, 2022



Source: IEA. Based on S&P Global, USGS, Mineral Commodity Summaries and Wood Mackenzie, 2024.

Geographische Aufteilung des Abbaus und der Verarbeitung von kritischen Rohstoffen; Quelle: Bericht über die Zukunft der europäischen Wettbewerbsfähigkeit, Seite 52

Die EU ist Vorreiter im Bereich des Klima- und Umweltschutzes und setzt sich ambitionierte Ziele. Obwohl solche Maßnahmen lobenswert sind, erinnert Draghi daran, dass Maßnahmen zur Dekarbonisierung nur dann

reüssieren, wenn sie im Einklang mit der Wettbewerbsfähigkeit stehen. Dafür bedarf es jedoch kompetitiver Energiepreise, die es der EU erlauben, mit ihren wirtschaftlichen Kontrahenten aus Übersee zu konkurrieren. Weiters müssen industrie- und handelspolitische Maßnahmen zielorientiert und sektorspezifisch konzipiert werden, um Unternehmen zu unterstützen. Diese Maßnahmen zeigen nur dann Wirkung, wenn sich die institutionellen Strukturen der EU an zukunftsweisende Veränderungen anpassen und zur Effizienzsteigerung beitragen.

Insbesondere in krisengeprägten Zeiten ist es maßgeblich, in die gemeinsame (wirtschaftliche) Sicherheit zu investieren und Abhängigkeiten zu reduzieren. Gegenüber China verfolgt die EU eine Politik des „de-risking“, also ein strategisches Verringern von wirtschaftlichen und technologischen Abhängigkeiten. Obwohl die EU gute Beziehungen mit den USA unterhält, ist die dortige politische Lage als prekär einzustufen, und daher muss die EU ihre Unabhängigkeit von den USA erlangen. Zu beachten ist, dass die EU vor allem bei Rohstoffen von einer geringen Anzahl an Lieferanten abhängig ist und aus sicherheitsstrategischen Überlegungen eine Diversifizierung der Lieferkette priorisieren sollte. Draghi drängt daher auf das Entwickeln einer EU-Außenhandelspolitik, die ihren Fokus auf präferenzielle Handelsabkommen mit rohstoffreichen Drittstaaten sowie auf eine gemeinsame Industriepolitik legt.



Vertiefende Analysen und Empfehlungen

Der zweite Teil des Berichts analysiert diverse Felder und spricht dahingehende Politikempfehlungen aus. Obwohl alle von Draghi analysierten Felder von großer Relevanz sind, fokussieren sich die folgenden Passagen auf jene Bereiche, bei welchen es sich explizit um umwelt- und energiepolitische Themen handelt.

Wie schon oft bemängelt, sind hohe europäische Energiepreise ein entscheidender Wettbewerbsnachteil im Vergleich mit internationalen Handelspartnern. Draghi plädiert für verstärkte Maßnahmen zur Verringerung europäischer Energiepreise sowie eine Senkung und Vereinheitlichung von Energiesteuern. Außerdem wird betont, dass eine zukünftige Handelspolitik so gestaltet sein muss, dass Dekarbonisierung und Wettbewerbsfähigkeit einander ergänzen und nicht hemmen.

Um der EU zu ihrer Autonomie zu verhelfen, ist es wesentlich, dass die EU ihren Zugang zu (kritischen) Rohstoffen diversifiziert und diese aus einer Vielzahl an Quellen beziehen kann. Draghi schlägt vor, dass Lieferketten durch Mittel der Rohstoffdiplomatie sowie europäische Gesetze, beispielsweise das europäische Gesetz zu kritischen Rohstoffen, gesichert und besonders wichtige Rohstoffe steuerbefreit von EU-Mitgliedstaaten angeschafft werden können.

Ein wesentlicher Bestandteil der europäischen Wirtschaft ist zweifellos die energieintensive Industrie, die maßgeblich zur Beschäftigung in der EU beiträgt. Um diesen Wirtschaftszweig zu fördern, empfiehlt Draghi eine Verbesserung der Finanzbestimmungen für Investitionen im Bereich der Dekarbonisierung sowie einen massiven Abbau an regulatorischen Belastungen. Der Zugang zu leistbaren Energiequellen muss gewährleistet und insbesondere ETS-Einnahmen müssen effektiv genutzt werden, um die energieintensive Industrie zu stützen. Zu beachten ist auch, dass vor allem die EU-Chemikalienpolitik für KMU umsetzbar und erfolgsfördernd gestaltet werden muss.

In Hinblick auf den automotiven Sektor fürchtet Draghi, dass es zu einer Produktionsverlagerung aus der EU in förderpolitisch attraktivere Wirtschaftsräume wie beispielsweise die USA kommt. Damit sich diese Befürchtung nicht bewahrheitet, sollen eine umfassende EU-Strategie für industrielle Produktion ins Leben gerufen und bestehende Qualifikationsdefizite in betroffenen Sektoren durch gezielte Bildungsinitiativen bewältigt werden. Maßnahmen im automotiven Sektor betreffen unmittelbar auch den Transportsektor, da dessen Wettbewerbsfähigkeit von effizienten Verkehrsnetzen und -diensten gestützt wird. Laut Draghi soll man sich daher vermehrt auf emissionsneutrale Verkehrs-

strategien fokussieren und soll die Möglichkeit bestehen, risikofrei in nachhaltige Kraftstoffe zu investieren.

WKÖ-Einschätzung

Die WKÖ befürwortet die Inhalte des Draghi-Berichts, da er die wesentlichen Züge der Prioritäten der Wirtschaft widerspiegelt.

Besonders positiv ist hervorzuheben, dass der Bericht die Verbundenheit von Dekarbonisierung und Wettbewerbsfähigkeit würdigt und die Europäische Kommission mit Nachdruck zu einem Bürokratieabbau drängt.

Die WKÖ begrüßt die Absicht der Senkung der europäischen Energiepreise auf das Niveau in den USA, um die Wettbewerbsfähigkeit der EU-Mitgliedstaaten auf internationaler Ebene zu stärken. Man stimmt der Notwendigkeit eines prompten Übergangs zu erneuerbaren Energiequellen zu, merkt aber an, dass eine solche Transition von Technologieoffenheit und der Nutzung grüner Technologien geprägt sein muss; dies gilt für jeden Bereich von umwelt- und energiepolitischer Relevanz.

Die WKÖ befürwortet den Auf- und Ausbau von strategischen Partnerschaften mit rohstoffreichen Drittstaaten zur Sicherung des heimischen Wohlstandes sowie die Einführung investitionsfördernder Maßnahmen im Bereich der erneuerbaren Energiequellen. ●

Weitere Infos:

- [Draghi-Report \(Link\)](#)



Karoline B. Rettenbacher BSc, MAIS (WKÖ)

karoline.rettbacher@wko.at